

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 46 (1954)
Heft: 3

Artikel: Gewerkschaften und Zollpolitik in den USA
Autor: Miche, Charles
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353631>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von Jahr zu Jahr vermehrt, was eine Folge der zunehmenden Ueberalterung der Bevölkerung ist.

Von dem traurigen Bild ist selbst die *sanitäre Hilfe* nicht auszunehmen, die bei ihrer allgemeinen Mangelhaftigkeit ebenfalls große regionale Unterschiede aufweist. Während beispielsweise im Norden des Landes auf 1000 Einwohner 5,30 Spitalbetten kommen, verfügt Mittelitalien nur über 4,33 und der Süden gar nur über 1,65 Betten pro 1000 Einwohner. Beispielsweise hat Matera (Stadt und Provinz) in der Lucania nur 130 Betten auf 180 000 Einwohner.

In Norditalien kommen auf einen Gemeindefarzt 249 Personen, die in der Armenliste eingetragen sind, im Süden und auf den Inseln 802. Während im Norden 2,06 Prozent der Bevölkerung in Krankenhäusern behandelt werden, sind es im Süden 1,1 Prozent. Für die Unterstützung von Arbeitsunfähigen werden im Norden pro Kopf 38 000 Lire, in Mittelitalien 30 000 Lire, im Süden 2600 Lire und auf den Inseln 3300 Lire ausgegeben. Eine gewisse Korrektur dieser Unterschiede besteht darin, daß viele im Norden gewährte Unterstützungen, die ja auch noch ungenügend sind, den erst kürzlich zugezogenen Südtalienern zugute kommen, die oft zum ärmsten Volksteil in diesem Gebiet gehören. Andererseits vergrößern sich die Unterschiede noch, wenn man außer den öffentlichen auch die privaten Unterstützungen in Betracht zieht.

In ihren *Schlußfolgerungen* kommt die parlamentarische Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß das Problem des Elends in Italien *sowenig wie in andern Ländern unlösbar* sei und regt die Bildung einer andern interparlamentarischen Kommission an, die auf Grund der Ergebnisse dem Parlament einen organischen Plan zur Durchführung der sozialen Fürsorge zu unterbreiten hätte. Aber die Lösung des Problems hängt nicht so sehr vom Finanzministerium oder vom Innenministerium und auch nicht von einem eventuellen Ministerium zur Bekämpfung des Elends ab als von den Ministerien für die Industrie, des Außenhandels, der öffentlichen Arbeiten sowie der Verwaltung für den Süden, mit einem Wort: von all jenen, deren Aufgabe es ist, neue Arbeitsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Duilio Codrignani, Bologna.

Gewerkschaften und Zollpolitik in den USA

Zum Bericht der Randall-Kommission

Nach dem zu Beginn des Jahres 1953 von der Truman-Verwaltung veröffentlichten sogenannten Bell-Bericht über die Wirtschafts- und Zollpolitik der USA ist nunmehr über das gleiche Thema von der republikanischen Verwaltung ebenfalls eine Denkschrift her-

ausgegeben worden (Randall-Bericht). Während sich der Bell-Bericht schönen und erstrebenswerten Zielen zuliebe oft auf Allgemeinheiten beschränkte und allzu heiklen Fragen aus dem Wege ging, führt der Randall-Bericht mitten in ebenso lebenswichtige wie umstrittene Kontroversen hinein, wozu nicht wenig beiträgt, daß am Schluß der verschiedenen Kapitel den abweichenden Meinungen gebührender Platz eingeräumt wird.

Als außerordentlich kann bezeichnet werden, daß der Randall-Bericht, soweit uns bekannt ist, als erstes öffentliches Dokument dieser Art einen erfreulichen und äußerst nützlichen Beitrag zur sachlicheren Behandlung der Frage der

internationalen Lohnvergleiche

leistet, die in der Diskussion über Ein- und Ausfuhr oft zu äußerst unobjektiven, ja irreführenden Feststellungen führt. Seit Jahren sind wir im Verkehr mit einschlägigen Behörden, Gewerkschaften, Wirtschaftsspezialisten usw. bestrebt, die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten internationaler Lohnvergleiche aufzuzeigen, das heißt darzulegen, daß rein zahlenmäßige internationale Lohnvergleiche abwegig sind, da der durch den internationalen Dollarmangel in die Höhe getriebene offizielle Dollarkurs ein falsches Bild der internen Kaufkraft des durch die Inflation seit 1939 in den USA « halbierten » Dollars gibt: daß deshalb Löhne nicht zum offiziellen Kurs umgerechnet werden können, daß überdies bei internationalen Lohnvergleichen und auch bei den zuverlässigeren Vergleichen auf Grund der Arbeitszeit (wieviel Stunden müssen die Werktätigen der verschiedenen Länder für die Herstellung eines Produktes arbeiten?) Unterschiede in der Qualität und Dauerhaftigkeit der hergestellten Güter berücksichtigt werden müssen und daß eigentlich nur — und auch dies mit Einschränkungen — der Lebensstandard der verschiedenen Länder und Berufe miteinander verglichen werden kann oder die Höhe eines bestimmten Lohnsatzes innerhalb der gesamten Lohnstruktur verschiedener Länder. Die letztere Auffassung ist mehrheitlich von der Randall-Kommission anerkannt und ihrem Bericht einverleibt worden. Sie kann völlig neue Gesichtspunkte und eine neue Einstellung bringen in der Diskussion über den Export von Gütern, der angeblich manchmal lediglich auf Grund der « schlechten Löhne » des exportierenden Landes möglich ist. Im diesbezüglichen Abschnitt des Randall-Berichtes wird wohl einerseits gesagt, daß die amerikanische Arbeiterschaft im Zuge der Erweiterung des Außenhandels, das heißt u. a. der Erhöhung der Einfuhren, « nicht unbilliger Konkurrenz ausgesetzt sein soll », andererseits wird aber auch unterstrichen, daß zunächst Klarheit darüber bestehen müsse, was « unbillige Konkurrenz » ist und daß dabei « *Lohnsätze nicht das einzige Kriterium sein können* ». Ein typischer Fall unbilliger Konkurrenz sei dann gegeben, wenn die Arbeiter,

die ein bestimmtes Produkt herstellen, Löhne erhalten, die beträchtlich unter den als anständig anerkannten Lohnsätzen des *exportierenden* Landes stehen, das heißt die Löhne beziehen, die innerhalb der gesamten Lohnstruktur des *eigenen* Landes einen schlechteren Platz einnehmen als die Löhne der das gleiche Produkt herstellenden Arbeiter innerhalb der Lohnstruktur des Landes, das die betreffende Ware *importiert*. «In solchen Fällen», heißt es im Randall-Bericht, «sollten unsere Unterhändler lediglich klarmachen, daß für Produkte keine Zollkonzessionen gemacht werden, die von Arbeitern hergestellt werden, die Löhne erhalten, die im exportierenden Land ‚substandard‘ sind, das heißt *unter* einem gewissen als anständig anerkannten Niveau stehen. Ohne Zweifel können sich bei der Verwendung eines solchen Kriteriums die meisten Löhne der Exportindustrien der Schweiz, so insbesondere die an der Spitze der Lohnliste stehenden Löhne der Uhrenindustrie, neben jenen der USA sehr gut sehen lassen. Das von *Cenerazzo* (Präsident des Amerikanischen Uhrenarbeiterverbandes) gerne verwendete Argument der «Hungerlöhne» in der Schweiz, deren Lebensstandard sich übrigens nach seinen eigenen Aussagen durchaus mit jenem der USA vergleichen läßt und in gewissen Hinsichten sogar besser ist, könnte, zusammen mit andern rein zahlenmäßigen Vergleichen, in Zukunft mit Fug und Recht fallengelassen werden.

Begreiflicherweise ist die These der Randall-Kommission nicht unwidersprochen geblieben. Verschiedene Mitglieder der Kommission haben darauf bestanden, daß bei Vergleichen nicht nur dem neuen Grundsatz gemäß relativ niedrige und schlechte Löhne in Betracht gezogen werden müssen, sondern auch, wie man dies früher getan hat, rein zahlenmäßige internationale Lohnunterschiede. Der bekannte Isolationist *Hickenlooper* gab sogar der humoristisch anmutenden Befürchtung Ausdruck, daß solche Differenzierungen zwischen Löhnen eines andern Staates als «ein Versuch aufgefaßt werden könnten, sich in die innern Angelegenheiten der in Frage kommenden Länder zu mischen». Senator *Millikin*, ein anderes konservatives Mitglied der Kommission, das allerlei Kritik anzubringen hatte, wandte sich unter dem Einwand gegen die neue Formel, daß er sie nicht verstehe und es im übrigen nur eine Sache zu berücksichtigen gebe: «den Schutz der eigenen Lohnsätze und des eigenen Lebensstandards», das heißt die Konkurrenz, «dort, wo sie in Erscheinung tritt, nämlich in den USA, wo auch die Art der Konkurrenz beurteilt werden muß». Sogar in der der Kommission vom Bund der Industrieorganisationen (CIO) unterbreiteten Denkschrift ist aufs neue und ohne weitere Interpretationen und Vorbehalte von jenen «Lohndifferenzen» die Rede, «die so groß sind, daß amerikanische Produkte nicht erfolgreich konkurrieren können». Der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL) macht in diesem Zusammenhang die Feststellung, der Bell-Bericht habe laufende und zukünftige

Entwicklungen in Ländern nicht genügend in Betracht gezogen, deren Konkurrenz nicht nur wegen niedrigen Löhnen spürbar werde, sondern auch wegen der Herabsetzung der Gestehungskosten auf Grund des technischen Fortschritts, das heißt wegen einer zweifachen Auswirkung. (Was den technischen Fortschritt betrifft, so könnte hier beigefügt werden, daß er sich in europäischen und außereuropäischen Ländern vielfach auf Grund von allerlei von den USA aufgezogenen Studienreisen nach USA sowie Schulungskursen für die Förderung der Produktivität — «Work Study Training for Productivity Program», «Technical Assistance», «Punkt 4» usw. — eingestellt hat.)

Beide gewerkschaftlichen Landeszentralen, die AFL und der CIO, sprechen sich im übrigen in allgemeiner Weise für die «Erhöhung der realen Einkommen» in den Ländern der freien Welt und entsprechende Maßnahmen auf internationalem Gebiet durch internationale Abkommen usw. aus. Diese Auffassung ist von der Randall-Kommission übernommen und hervorgehoben worden:

«Es gereicht zum Vorteil der USA, wenn die Arbeitsbedingungen in der ganzen Welt gehoben werden. Viele in andern Teilen des Berichtes gemachte Empfehlungen gehen in der Richtung verbesserter Produktivität und der Erhöhung des Lebensstandards außerhalb der USA. Wenn die USA zur Verbesserung der Lebenshaltung anderer Völker beitragen können, ohne gegenüber andern Ländern Zwang auszuüben, sollten sie dies tun. Wahrscheinlich wäre es jedoch nicht klug, wenn die USA in Handelsvertragsverhandlungen auf der Verbesserung der Arbeitsbedingungen als ein quid pro quo für die Herabsetzung ihrer Handelsschranken bestehen würden. Hingegen empfiehlt die Kommission, daß die USA den Versuch machen sollen, die Arbeitsbedingungen durch konsultatives Vorgehen und Zusammenarbeit auf internationalen Konferenzen zu heben, wie sie die Internationale Arbeitsorganisation veranstaltet.»

Die drei isolationistischen und schutzzöllnerischen Mitglieder der Kommission, *Byrd*, *Reed* und *Simpson*, haben sich, was erwartet werden konnte, gegen alle Empfehlungen dieses Abschnitts des Randall-Berichtes ausgesprochen. Was den

Zollschutz

im allgemeinen betrifft, so sehen die Gewerkschaften darin kein Rührmichnichtan. Wohl sind sie sich darüber klar, daß die Zollpolitik im Rahmen der ganzen Wirtschaftspolitik beurteilt werden muß, und sie sind prinzipiell, weil sie an die Zweckmäßigkeit der internationalen Arbeitsteilung glauben, für den möglichst unbehinderten internationalen Güteraustausch, doch geben sie innerhalb dieses Rahmens Notfälle zu, die als solche behandelt werden müssen und nicht immer die gleichen Industrien betreffen. In der der Randall-Kommission unterbreiteten Denkschrift drückt sich zum

Beispiel die AFL, die kleinere importempfindliche Organisationen umfaßt, in der Frage der Förderung des internationalen Handels, die sie sonst vorsichtig zu behandeln hat, äußerst frei und bestimmt aus, während der CIO, der große Organisationen der Exportindustrie erfaßt und sich deshalb gewöhnlich ohne große Hemmungen für die Erhöhung der Importe einsetzen kann, gerade diesmal ernstere Töne anschlägt, wozu wahrscheinlich der Umstand beiträgt, daß in den Industrien des CIO zurzeit da und dort beträchtliche Arbeitslosigkeit und damit Unsicherheit herrscht. Der CIO beklagt sich ausdrücklich darüber, «daß in gewissen Fällen sogar in Zeiten voller Beschäftigung Importe amerikanische Industrien gefährden und in andern Fällen die Produktion ernsthaft stören können».

«Man kann nicht mehr länger behaupten, daß uns die hohe Technisierung und damit unsere niedrigen Gestehungskosten die Konkurrenz möglich machen und daß, solange es in den USA Vollbeschäftigung gibt, Arbeiter, die durch Importe freigesetzt werden, leicht von andern Industrien absorbiert werden können. Das Argument ist im allgemeinen Sinne wahr, doch gibt es Sonderfälle. In den letzten Jahren hat es bei Vollbeschäftigung der Wirtschaft Betriebe und Bergwerke gegeben, die von Importen schwer getroffen wurden. Die Kommission sollte sich deshalb mit den amerikanischen Arbeitern, den amerikanischen Betrieben und der amerikanischen Produktion in Sonderfällen zugefügten Schäden befassen, wobei allerdings die durch die Importe aufgeworfenen Probleme durch andere Mittel als jene der Zollerhöhung, der Herabsetzung der Quoten usw. gelöst werden sollen.»

David McDonald, Mitglied der Randall-Kommission, Präsident der Gewerkschaft der Stahlarbeiter und prominentes Vorstandsmitglied des CIO, hat sich in längeren Ausführungen über diese «andern Mittel» ausgelassen, das heißt über die Notwendigkeit «der Unterstützung der Gemeinden, Unternehmer und Arbeiter», die eventuell unter solchen Importen zu leiden haben und denen «Anpassungen» möglich gemacht werden sollen. Wenn auch keine großen Auswirkungen erhöhter Importe zu erwarten seien, so könnte sich doch in Einzelfällen bei der «im nationalen Interesse vorgesehenen Herabsetzung der Zölle» zu Beginn ernste Arbeitslosigkeit ergeben. Die Gesamtwirtschaft werde kaum stark in Mitleidenschaft gezogen. Wenn zum Beispiel die Zölle um 50 Prozent herabgesetzt und die Einfuhren in entsprechender Weise steigen würden, so würden den Schätzungen der Randall-Kommission zufolge dadurch direkt oder indirekt wahrscheinlich nicht vielmehr als 100 000 Arbeiter durch Erwerbslosigkeit getroffen. Die Regierung habe sich jedoch mit Arbeitslosigkeit irgendwelchen Ausmaßes ernsthaft zu befassen, insbesondere dann, wenn sie durch ihre eigenen Maßnahmen entstehe. Es soll ein spezielles Programm der Anpassung und Unterstützung, ein «Adjustment and Assistance Program», ausgearbeitet werden. Die zweckmäßigste Lösung bestehe in der Umstellung der betref-

fenen Betriebe auf Produkte, die weniger importempfindlich seien. Bei solchen Umstellungen und Anpassungen sollen im Rahmen des erwähnten Programms auch die Unternehmer Anspruch auf Unterstützungen haben. Unter Mithilfe des Handelsministeriums sollen Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden für die Heranziehung von Technikern, Wirtschaftsberatern, Spezialisten der Marktforschung usw. Das «Amt für kleine Unternehmungen» müsse in Zusammenarbeit mit privaten Körperschaften in die Lage versetzt werden, bei der Finanzierung neuer Produktionszweige und Unternehmungen mitzuwirken. Es könnten im Falle der Errichtung neuer Produktionszweige Amortisationen durch Steuererleichterungen sowie die Erteilung öffentlicher Aufträge usw. vorgesehen werden. Freigesetzte Arbeitskräfte könnten durch die gleichzeitig zu erwartende erhöhte Produktion in den Exportindustrien absorbiert werden. Endlich komme Schulung und Umschulung in Betracht unter speziellen Zuwendungen seitens der Arbeitslosenversicherung, deren Unterstützungsperiode erweitert werden müßte. Bei Annahme einer schlechter bezahlten Stellung sollen den Arbeitern während einer gewissen Zeit Ausgleiche gewährt werden, ferner wären Umzugsgelder auszuzahlen usw. Aeltern Arbeitern soll die Möglichkeit gegeben werden, sich vor der Erreichung der Altersgrenze von 65 Jahren pensionieren zu lassen.

Gegen so weitgehende Maßnahmen erhoben sich in der Kommission starke Bedenken. Es wurde darauf hingewiesen, daß im Rahmen der normalen wirtschaftlichen Entwicklung allzeit solche Umstellungen, das heißt technologische Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit der Umschulung usw., vorkommen und dafür die notwendigen Vorkehrungen bereits vorhanden seien (Arbeitslosenversicherung, staatliche Stellenvermittlung, Gewährung von Anleihen usw.): «Wir glauben nicht, daß der Präsident seine Vollmachten auf dem Gebiete des ‚peril point‘ und der Ausweichklausel so weitgehend benützen wird, daß Schäden entstehen, die nicht durch die bereits vorhandenen Instanzen und Methoden behoben werden können.» Den Ausführungen McDonalds wurde seitens der Kommission weitgehende Publizität gesichert. Verschiedene Mitglieder anerkannten das Prinzip der Hilfe seitens der Regierung, lehnten jedoch «spezielle Maßnahmen und die Errichtung spezieller Instanzen sowie die Gewährung besonderer Rechte und die Stipulierung spezieller Verantwortungen der Regierung ab». Eventuellen Härtefällen sollte, so hieß es, «mit den gleichen Mitteln begegnet werden, die allen amerikanischen Bürgern auf Grund von Vorkehrungen für wirtschaftliche Anpassungen zur Verfügung stehen, die sich auch aus andern Ursachen ergeben können».

D. Reed, ein äußerst einflußreiches Mitglied des Repräsentantenhauses, dessen Zustimmung bei gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiet eine große Rolle spielt, sagte in diesem Zusammen-

hang, der Vorschlag McDonalds sei «phantastisch und würde die Randall-Kommission vor dem ganzen Volke lächerlich machen». Simpson drückte sich wie folgt aus: «Wie lächerlich werden wir erscheinen, wenn wir ohne Not Zölle herabsetzen, so daß amerikanische Arbeiter ihren Broterwerb, Kapitalbesitzer ihr angelegtes Geld und Gemeinden ihre blühenden Geschäfte einbüßen, um dann nachher auf Grund von Unterstützungen zu versuchen, die Arbeiter weiter zu beschäftigen bzw. sie umzusiedeln, die Kapitalbesitzer zu entschädigen und in den Gemeinden Umstellungen vorzunehmen. Wieviel gescheiter wäre es, die Arbeitsstellen der Werktätigen in der traditionellen Weise durch angemessene Zölle zu schützen.» *Strackbein*, der Vorsitzende der der AFL nahestehenden Vereinigung von Unternehmern und Arbeitern für Wirtschaftspolitik, führte in einer Vernehmlassung aus: «Was würde man von einer Gruppe von amerikanischen Staatsbürgern sagen, die willkürlich im eigenen Lande und in Friedenszeiten das Problem der ‚displaced persons‘ zu dem ausschließlichen Zwecke heraufbeschwören würde, einer Gruppe auf Kosten einer andern Gruppe zu helfen! Ist es nicht schlimm genug, daß wir uns bereits mit Maßnahmen in Gegenden großer Arbeitslosigkeit speziell zu befassen haben? Soll die Lage noch verschlimmert werden?» ... «Wir würden bald feststellen, daß die Tausenden von Familien, die durch unsere Zollpolitik getroffen würden, in andern industriellen Zentren durchaus nicht willkommen wären.»

Die Vorschläge McDonalds wurden von der Kommission mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Der Mehrheitsbericht enthält über diese Frage u. a. folgende Stelle: «Die von uns gemachten Empfehlungen für Zollanpassungen sehen ein stufenweises und vorsichtig überlegtes Vorgehen Schritt um Schritt vor (u. a. Zollherabsetzungen von je 5 Prozent der gegenwärtigen Ansätze innerhalb von drei Jahren, d. V.). Eine solche Behandlung des Problems sollte es den Unternehmern, den Gemeinden und den Arbeitern, die von unsern Maßnahmen eventuell getroffen werden könnten, möglich machen, selber Anpassungen in gleicher Weise vorzunehmen, wie dies bei ähnlichen Anpassungen in der Vergangenheit geschehen ist.»

Auch der Bell-Bericht, der für eine Periode von drei bis fünf Jahren eine Mehreinfuhr im Werte von 700 Millionen bis 1 Milliarde Dollar vorsah, maß dem Problem keine allzu große Bedeutung bei. Von tausend beschäftigten Personen würde, so sagte er, nicht mehr als eine Person durch solche Anpassungen getroffen. Viel größere Umstellungen fänden fortlaufend statt durch neue Produktionsmethoden, den technischen Fortschritt im allgemeinen usw. Im übrigen wurden in den Empfehlungen des Bell-Berichtes für ausgesprochene Notfälle ungefähr die gleichen Maßnahmen beantragt, wie sie McDonald der Randall-Kommission nahelegte, das heißt Umstellungen in der Produktion, Anleihen, erweiterte Ar-

beitslosenversicherung, Umschulung, Umsiedlung und «ähnliche Vorkehrungen, auf Grund welcher der relativ kleinen Zahl von Arbeitern geholfen werden könnte, die eventuell Schwierigkeiten haben könnten, eine neue Beschäftigung zu finden».

Schon einleitend wird im Randall-Bericht gesagt, daß er sich «hauptsächlich mit den Maßnahmen befaßt, die die USA ergreifen könnten, um das

Dollarproblem der Welt

zu lösen». In diesem Zusammenhang wird u. a. empfohlen, daß wirtschaftliche Hilfe an andere Länder auf Grund von Schenkungen «so bald als möglich eingestellt werden soll. Keine weitere Hilfe ist gerechtfertigt, es sei denn, sie trage zur Sicherheit der USA bei». Nach dieser prinzipiellen Feststellung wird über das Vorgehen im einzelnen ausgeführt, daß im Falle von Unterstützungen für militärische, «mit unserer eigenen Sicherheit zusammenhängende», Zwecke Schenkungen und nicht Anleihen gewährt werden sollen, während in Fällen, «wo beträchtliche wirtschaftliche Hilfe im Interesse der USA nötig ist und diese nicht aus privater oder internationaler Quelle beschafft werden kann, Anleihen und nicht Schenkungen gewährt werden sollen». Trotz der in neuester Zeit eingetretenen Erhöhung der Gold- und Dollarreserven im Ausland bestehe, so heißt es in dem Bericht, per Ende 1953 eine «verborgene» Dollarlücke pro Jahr von 2 bis 3 Milliarden, «die sich vergrößern würde, wenn sich die Wirtschaftslage ändern, das heißt in den USA ein wirtschaftlicher Rückschlag oder eine Verschlechterung der Wirtschaftslage in Westeuropa eintreten würde».

McDonald erklärte sich damit einverstanden, daß die Außenhandelspolitik durch das «erleuchtete Selbstinteresse» der USA bestimmt werden soll. Hingegen gehe er zurzeit nicht damit einig, daß sich die USA auf dem Gebiet der Hilfe an das Ausland auf militärische Zwecke beschränken sollten. Direkte Schenkungen für wirtschaftliche Zwecke an Länder, die sich wirtschaftlich erholt haben, sollen so bald als möglich eingestellt werden. Dies heiße jedoch nicht, «daß es nicht gelegentlich wünschenswert sein könnte, in wichtigen Fällen Ausnahmen zu machen, besonders dort, wo weitere wirtschaftliche Hilfe zur politischen Stabilität beitragen könnte».

In der der Randall-Kommission unterbreiteten Denkschrift unterstreicht der CIO, daß die Dollarlücke,

«die dadurch entsteht, daß die USA mehr ausführen als einführen, auch dann nicht beseitigt werden könnte, wenn die USA alle Handelsschranken aufheben, alle Zollmauern abbrechen und alle Quoten beseitigen würden. Dieser Tatsache muß man sich bei jeder Diskussion über den internationalen Handel bewußt sein.»

«...Jene, die darauf hinweisen, daß die Dollarlücke im vergangenen Jahr geschlossen worden sei, müssen daran erinnert werden, daß dieses Resultat nicht auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern auf einen Rückgang der Einkäufe in den USA von Ländern, die bestrebt waren, sich danach zu richten, daß sie weniger Dollars zur Verfügung hatten. Wenn alle Handelsschranken beseitigt würden und alle Länder dadurch die nötigen Mittel in die Hand bekämen, auf dem amerikanischen Markt ungehemmt zu kaufen, so würden die Käufe amerikanischer Produkte die alte Höhe erreichen und sie sogar übersteigen. Die Dollarlücke würde dann eher größer als kleiner werden.»

Wenn das Problem der Dollarlücke gelöst werden soll, so müßten, sagt der CIO, «andere Mittel gefunden werden als die vollständige Beseitigung der Handelsschranken». Diese andern Mittel sind nach Ansicht des CIO:

1. Beseitigung der Handelsschranken innerhalb Europas.
2. Errichtung von Märkten für Massengüter in einzelnen Ländern — England inbegriffen — und auf dem ganzen europäischen Kontinent, so daß die Europäer bessere Kunden für europäische Waren werden können.
3. Förderung der unterentwickelten Länder, so daß sie größere Mengen von europäischen und amerikanischen Waren beziehen können.
4. Die Kapitalanlage in unterentwickelten Ländern muß sich mehr der Gewinnung von Rohstoffen als der Errichtung von Industrien zuwenden.

Die Förderung der Kapitalanlage und der für die USA wichtigen Gewinnung von

Rohstoffen

in unterentwickelten Ländern, die angeblich ebenfalls zur Beseitigung der Dollarlücke beitragen können, spielt auch im Randall-Bericht eine große Rolle. In diesem Zusammenhang wird amerikanischerseits allerdings zu wenig berücksichtigt, daß die USA gleichzeitig die politische Selbständigkeit der unterentwickelten Länder fördern und viele dieser Länder im Rahmen dieser Entwicklung darauf aus sind, eigene Industrien aufzubauen und ihre Rohstoffe selber zu verwenden, wobei darauf hingewiesen werden kann, daß die USA, die 10 Prozent der Bevölkerung der freien Welt darstellen, bereits jetzt etwa 50 Prozent der Rohstoffe der freien Welt in Anspruch nehmen.

In der Vergangenheit kamen Zollerleichterungen in USA vor allem Rohstoffen zugute; die Rohstoffe machten einen sehr großen Teil der Einfuhren aus. Auch «im Hinblick auf die Zukunft», sagt der Randall-Bericht, «steht das Problem der für die fortlaufende industrielle Expansion nötigen Rohstoffe im Vordergrund». Man ist

sich dabei der Tatsache bewußt, jedoch zieht man sie bei der gewaltigen und oft verschwenderischen Verwendung der Rohstoffe nicht immer genügend in Betracht, daß

«die amerikanische Wirtschaft allein durch ihr ungeheures Gewicht einen besonders großen Einfluß auf die Preise der Rohstoffe ausübt» ... «Wir hängen heute in folgendem prozentualen Ausmaß von ausländischen Quellen ab: für über 30 Prozent unseres Bedarfs an Kupfer, Blei und Zink, 50 Prozent im Falle von Wolfram, Bauxit und Antimon, 75 Prozent für Chrom und Mangan, fast 100 Prozent für Nickel und für allen Bedarf an Zinn, Naturgummi und Jute. Die westlichen Länder Europas und Japan sind von importierten Rohstoffen noch abhängiger als wir. Die Nachfrage nach Rohstoffen in andern Ländern nimmt im Zuge der in der ganzen Welt festzustellenden Industrialisierung dauernd zu.»

Daß die USA im Hinblick auf spätere Knappheiten auf dem Weltmarkt zum Teil ihre eigenen Rohstoffvorkommen nicht voll ausbeuten bzw. in Anspruch nehmen, wird offen zugegeben. Gleichzeitig wird gesagt, daß in den Rohstoff produzierenden Ländern außerhalb der USA oft «lokales Kapital zur Finanzierung der Förderung nicht ausreicht».

Die Frage der

Kapitalanlage im Ausland,

so insbesondere in unterentwickelten Ländern, wird in den Denkschriften des CIO und der AFL ausführlich behandelt, und sie war auch Gegenstand eingehender Erwägungen und Vorschläge der Randall-Kommission. «Auf alle Fälle», heißt es im Memorandum der AFL, «stehen wir vor einer neuen Phase in unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit der übrigen Welt. Da die Kapitalanlage im Ausland auf Grund öffentlicher Mittel und die durch öffentliche Behörden finanzierten Exporte zurückgehen, müssen sie, soll es nicht zu einer weltweiten Krise kommen, durch einen größeren Strom privater Kapitalanlagen und erweiterten privaten Handels ersetzt werden.» Der Randall-Bericht empfiehlt in diesem Zusammenhang u. a.: diplomatische Anstrengungen zur Schaffung eines besseren Klimas im Ausland auf dem Gebiet der privaten Kapitalanlage, Abschluß spezieller Verträge betreffend die Kapitalanlage in fremden Ländern, Beseitigung von Unsicherheiten, die die Kapitalanlage im Ausland behindern, so auf dem Gebiete der Antitrust-gesetze, Beseitigung von allerlei Steuerlasten, Doppelsteuern und andern Ungerechtigkeiten, Garantien und Versicherung seitens der Behörden für gewisse mit der Kapitalanlage im Ausland zusammenhängende Risiken, weitere Garantien gegen Verlust bei der Geldtransferierung oder bei Enteignungen infolge von Revolution, Aufständen usw.

McDonald führte in seinem zustimmenden Votum in diesem Zusammenhang u. a. aus: «Viele dieser Empfehlungen würden jenen,

die Kapital im Ausland anlegen, große Vorteile bringen. Diese Vergünstigungen haben den Zweck, Leute zu veranlassen, im nationalen Interesse zu handeln. Dies ist ohne Zweifel eine kluge nationale Politik; damit ist jedoch auch bewiesen, daß dabei staatliche Subventionen eine Rolle spielen. Ich sehe nicht ein, weshalb Subventionen in vernünftigem Maße nicht auch dazu verwendet werden sollen, Anpassungen zu unterstützen, die die Arbeiter, die Unternehmer und einzelne Gemeinden vorzunehmen haben im Falle wirksamer Zollherabsetzungen. Ferner möchte ich hervorheben, wie großen Nachdruck der Randall-Bericht auf die private Kapitalanlage — im Gegensatz zur öffentlichen Kapitalanlage — im Ausland legt. Obwohl ich mit den allgemeinen Prinzipien des Berichtes einverstanden bin, halte ich dafür, daß wir mit größerer Offenheit zugeben sollten, daß es Fälle geben kann, wo die Kapitalanlage seitens der Behörden weitgehend gerechtfertigt ist. Wir sollten aus unserer Opposition gegen die Kapitalanlage der öffentlichen Hand im Ausland keinen Fetisch machen. Ich glaube auch, daß es eine Gefahr ist, sich in bezug auf die Kapitalanlage im Ausland als Mittel zur Lösung unserer außenwirtschaftlichen Probleme zu großen Hoffnungen hinzugeben. Kapitalanlagen im Ausland sind für das Problem der Dollarlücke im besten Fall eine Lösung auf relativ kurze Sicht. Solange der Einsatz von Kapital im Ausland größer ist als der Rückfluß auf Grund von Zinsen und Amortisierungen bestehender Kapitalanlagen, können wir weiterhin von einer ‚günstigen‘ Handelsbilanz reden. Es wird jedoch die Zeit kommen, wo der Rückfluß von Kapital größer sein wird als der Abfluß durch neue Kapitalanlagen. Dann müssen wir uns an eine ‚ungünstige‘ Handelsbilanz gewöhnen. Die Kapitalanlagen im Ausland haben die Tugend, uns zusätzliche Zeit zu geben, während welcher wir die unvermeidlichen Anpassungen an erhöhte Warenimporte vornehmen können.»

Von größter Bedeutung im Rahmen der Außenhandelspolitik ist für die USA die

Lage der Landwirtschaft.

Die Randall-Kommission ist auf diesem Gebiet nicht vor Schlußfolgerungen zurückgeschreckt, die, gleichviel, ob sie richtig oder falsch sind, den Republikanern bei der Durchführung größte politische Schwierigkeiten bereiten könnten. Es wird einerseits zugegeben, daß die «Aufrechterhaltung einer starken Landwirtschaft für die Erhaltung einer gesunden amerikanischen Wirtschaft lebenswichtig ist», andererseits wird jedoch ebenso unumwunden gesagt, daß die Stärke der amerikanischen Landwirtschaft beeinträchtigt wird «durch die mangelnde Flexibilität des gegenwärtigen Systems der Preisstützung und seine Folgen». Die Landwirtschaftspolitik und die

Außenhandelspolitik müssen, so wird ausgeführt, «harmonisiert» werden, ohne die gesunden Ziele beider Wirtschaftszweige zu opfern:

«Der eigentliche Konflikt besteht nicht zwischen unserer Außenhandelspolitik und der Landwirtschaftspolitik als solcher, sondern eher zwischen der Außenhandelspolitik und den Mitteln, auf Grund welcher eine wichtige Phase unserer Landwirtschaftspolitik gehandhabt wird. Ungeschminkt gesagt, läuft die Sache auf die Feststellung hinaus, daß die unflexiblen Preisstützungsaktionen, die die einheimischen Preise über dem Weltmarktpreis halten, zu Preisfestsetzungsaktionen werden und die Aufhäufung von über den Bedarf produzierten Gütern zur Folge haben, die sonst dem Konsum im In- oder Ausland zufließen würden. Wenn solche Preisfestsetzungsprogramme aufrechterhalten werden, kann es für die USA nötig werden, zur Niederhaltung fremder Importe Handelsbeschränkungen verschiedenster Art einzuführen, so auch Importquoten. Wenn teure Ueberflußprodukte in den Exportmarkt gelenkt werden, kann es nötig werden, Exportsubventionen, bzw. Dumpingmaßnahmen einzuführen, die, wenn sie vom Ausland uns gegenüber zur Anwendung gelangen würden, die Verwendung unserer gegen Dumping gerichteten Gesetze und Zölle zur Folge hätten. Preisfestsetzungen, insbesondere für Güter des internationalen Handels, sind prinzipiell unvereinbar mit den Grundsätzen des privaten Handels, des freien Unternehmertums und eines nichtdiskriminierenden Handels zwischen den Nationen. ... Beschränkungen von Importen gewisser landwirtschaftlicher Produkte zum Zwecke des Schutzes einheimischer Preisfestsetzungsprogramme, das heißt zur Festsetzung von Preisen über dem Weltmarktpreis, können und müssen zu Gegenmaßnahmen führen, die andere Teile der Landwirtschaft treffen, die vom Export und einem für den Außenhandel günstigen Klima abhängen. ... Wenn sich zu einem Plan festgesetzter Preise in der Landwirtschaft die unvermeidlichen Produktionsquoten, Importkontrollen und Subventionierungen des Exports gesellen, wird die Landwirtschaft ihre Rolle eines dynamischen Faktors auf dem Gebiete der Erweiterung des Welthandels zu einem großen Teil einbüßen.»

*

Wie man sieht, packte die Randall-Kommission in mancher Hinsicht den Stier bei den Hörnern, so auch auf Gebieten, wo die Republikaner nicht nur mit den Demokraten, sondern auch mit ihren eigenen Leuten in schärfste Gegensätze geraten werden. Bei weiteren Studien und Vernehmlassungen durch die zuständigen Parlamentskomitees sowie auf Grund der Stellungnahmen von Fachleuten, die sich in den verschiedensten Departementen mit diesem Dokument befassen werden, wird der Bericht einem reichlich unsicheren Schicksal entgegensehen. Sicherlich aber kann zugunsten des Dokuments gesagt werden, daß es zahlreiche Schwierigkeiten aufgedeckt hat, die unabhängig von einer mehr oder weniger liberalen Handelspolitik größte Aufmerksamkeit verlangen und die im Bell-Bericht oft mit dem Mantel leichter ideologischer Bekenntnisse zugedeckt wurden.

Charles Miche, Washington.